

# Unterschiede und Schnittmengen

**GESPRÄCH** Vorstände der BI „Windkraft im Spessart“ diskutieren mit Kreisbeigeordneter Susanne Simmler über Windenergie

**BIEBERGEMÜND** (red). Der Bau von Windkraftanlagen im Naturpark Spessart sei in Bezug auf Natur- und Landschaftsschutz ein konträr diskutiertes Thema, die Diskussion in Bayern und Hessen verlaufe dabei unterschiedlich, wie die Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart – In Einklang mit Mensch und Natur“ (BI) in einer Pressemitteilung erklärt. Der aktuelle Entwurf des Regionalplans Windkraft für Südhessen weise für den hessischen Teil des Naturparks etwa 3600 Hektar als Vorranggebiete für Windkraftanlagen aus, auf denen nach Schätzungen bis zu 350 Anlagen möglich wären. Dagegen stünden die Beschlüsse auf bayerischer Seite, den Bau solcher Anlagen auf 99,92 Prozent der Fläche auszuschließen. Damit wäre hier maximal eine einstellige Anzahl von Windrädern möglich.

Kürzlich trafen sich deshalb die BI-Vorstandsmitglieder Rolf Zimmermann und Berthold Andres mit Susanne Simmler, Vorsitzende des Vorstands des Zweckverbands Naturpark Hessischer Spessart und Erste Kreisbeigeordnete, und Edgar Kreuzer, Leiter des Amts für Umwelt und Naturschutz im Main-Kinzig Kreis, zu einem Gespräch über Windkraftanlagen im Naturpark Hessischer Spessart. Andres lehnt Windkraftanlagen im Gebiet des Naturparks ab. Für ihn steht der Schutz von Natur und der Erholungswert für die Bürger im Vordergrund. Kreuzer verwies auf den unterschiedlichen Status der beiden Teile des Naturparks, denn im Gegensatz zum Bayerischen Spessart sei der hessische Teil kein Landschaftsschutzgebiet. Simmler, unterstrich, dass die von der BI angeführte Zahl von 350 Anlagen auf einer rein rechnerischen Grundlage basiere. Der Kreistag habe in seiner Stellungnahme zum Regionalplan-



Die Teilnehmer des Gesprächs (von links): Edgar Kreuzer (Leiter des Amts für Umwelt, Naturschutz und ländlichen Raum), Rolf Zimmermann (BI Vorstand), Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler und Berthold Andres (BI Vorstand).

Foto: red

entwurf bereits eine Vielzahl von Flächen für die Nutzung von Windkraft abgelehnt. Allerdings sei das St. Florians-Prinzip keine geeignete Grundlage für eine verantwortungsvolle Politik. Rolf Zimmermann befürchtet bei einem massiven Ausbau der Windkraft rund um Biebergemünd und Flörsbachtal einen Verfall der Immobilienpreise und eine Beschleunigung des durch den demografischen Wandel hervorgerufenen Wegzugs besonders jüngerer Einwohner. Simmler hob hervor, dass in Jossgrund und Flörsbachtal die gewählten Gemeindevertreter den geplanten Bau zugestimmt hätten. Dieses Votum gelte es ebenso zu akzeptieren wie die Entscheidung der Linsengerichter

Bürger, den Bau von Windkraftanlagen im Gemeindegebiet abzulehnen.

Die aktuelle Verteilung von Windkraftanlagen in Südhessen stieß dagegen bei allen am Gespräch Beteiligten auf Unverständnis. Mit etwa 50 Prozent aller in Betrieb genommenen oder geplanten Anlagen trügen die Bürger des Main-Kinzig-Kreises zurzeit die Hauptlast im RP Südhessen. Im Gegensatz zum Main-Kinzig-Kreis hielten sich andere Landkreise vornehm zurück. Hier sicherte Simmler zu, diesen Widerspruch in die entsprechenden politischen Gremien zu tragen.

Einig waren sich auch alle Beteiligten, dass sich eine erfolgreiche und von allen Bürgern getragene Energiewende nicht

auf den Bau von Windkraftanlagen beschränken könne. Andres erklärte, dass 2013 trotz Subventionen in Höhe von über 20 Milliarden Euro nur etwa zwei Prozent des Primärenergieverbrauchs in Deutschland durch Solar- und Windkraftanlagen erzeugt worden seien. Ohne eine Reduzierung des Verbrauchs von fossilen Energieträgern für Mobilität und Wärmeerzeugung im privaten Sektor lasse sich seiner Meinung nach das anspruchsvolle Ziel der deutlichen Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis 2020 nicht erreichen. Es wurde vereinbart, sich an die Bundesregierung zu wenden, um die energetische Sanierung von Wohneigentum in den nächsten Jahren stärker zu fördern.

GT 30.4.15